

Ruhrgebiet: Fahrverbot in Planung

Umweltzone kann schon 2008 kommen

DORTMUND • Zur Reduzierung der Feinstaub-Belastung könnte bereits zum 1. Januar 2008 ein großflächiges Fahrverbot im Ruhrgebiet erlassen werden. Betroffen davon wäre etwa jeder dritte PKW und fast jeder zweite LKW.

Dies ist das Ergebnis einer bisher unveröffentlichten Machbarkeitsstudie von NRW-Umweltministerium und Regionalverband Ruhr (RVR). Die Expertise, deren Kernaussagen unserer Zeitung vorliegen, wird Ende des Monats vorgestellt.

Das Fahrverbot soll demnach über die Einrichtung einer so genannten Umweltzone erfolgen und alle städtischen und Landesstraßen im Kern-Ruhrgebiet zwischen Dortmund und Duisburg umfassen - ausgenommen sind nur die Autobahnen. Anhand der neuen Umwelt-Plaketten für Kraftfahrzeuge würden die größten Abgas-Verursacher (Schadstoffgruppe 1 und 2) erkannt und verbannt werden. Allein im Kern-Ruhrgebiet sind nach Informationen unserer Zeitung 460 000 PKW mit dieser Schadstoffklasse angemeldet. Absolute Zahlen für LKW liegen nicht vor. Die Machbarkeitsstudie schlägt überdies vor, das Fahrverbot ab 2012 noch weiter auszuweiten.

Auch in anderen Ballungsräumen wie Berlin, Stuttgart und Düsseldorf werden Umweltzonen geplant, allerdings nicht so streng wie im Ruhrgebiet. Dort sollen zunächst nur Autos der Schadstoffgruppe 1 verbannt werden.

Bevor das Ruhrgebiet Umweltzone werden kann, sind eine Reihe politischer Entscheidungen auf kommunaler und regionaler Ebene notwendig. NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) unterstützt diesen Prozess ausdrücklich. Es sei eine „Maßnahme von zentraler Bedeutung für die nachhaltige Verbesserung der Luftqualität“, schreibt er in einem Brief an die Revier-Oberbürgermeister. • **Philipp Ostrop**

Hier und Heute: Blickpunkt

Feiner Staub, strenger Plan

Fahrverbot im Ruhrgebiet träfe Millionen Menschen / Massive Kritik erwartet

DORTMUND • Es ist ein brisantes Papier, das derzeit von Umweltexperten verschiedener Institute und Behörden erarbeitet wird. Unter dem sperrigen Titel „Machbarkeitsstudie regionale Luftreinhaltung Ruhrgebiet“ fassen sie die nötigen Schritte zusammen, um die Feinstaub-Belastung im Revier spürbar zu senken.

Die Eckpunkte liegen unserer Zeitung vor und sind beim Regionalverband Ruhr (RVR) bereits den Oberbürgermeistern und Landräten des Reviers in nichtöffentlicher Sitzung präsentiert worden. Als Kernmaßnahme wird eine „regionale Umweltzone als zentrales, wirksames Instrument zur Minderung“ der Feinstaub- und Schwefeldioxid-Belastung favorisiert. Der Plan:

■ **Räumliche Ausdehnung** der Umweltzone auf die Straßen des Kern-Ruhrgebiets von Dortmund bis Duisburg.

■ **Ausdrücklich ausgenommen werden** sollen zunächst die Autobahnen, „um den Transitverkehr nicht zu behindern und um LKW-Umleitungen auf die Autobahn zu fördern“.

■ Die Umweltzone kann nach Ansicht der Umweltexperten zum **1. Januar 2008** eingerichtet werden. Sofort könne damit das Kern-Ruhrgebiet für alle Fahrzeuge (PKW und LKW) der **Schadstoffgruppen 1 und 2** gesperrt werden. Betroffen davon wären rund 29 Prozent der PKW - allein im Kern-Ruhrgebiet sind dies rund 464 000 - und etwa 40 Prozent der LKW. Deren genau Zahl ist derzeit noch unklar.

■ Dieses restriktive Vorgehen stelle bewusst **„strenge Anforderungen an die Abgastechnik** der Fahrzeuge“. Die Anforderungen sollen „dann in Form einer etwas späteren Pflicht zur Umrüstung auf **Schadstoffgruppe 4** erst zum **1. Januar 2012** an alle Verkehrsteilnehmer weitergegeben werden“, so das Papier.

Eine Verminderung der gesundheitsgefährdenden Feinstäube ist von der Europäischen Union und NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) gewollt. „Da Schadstoffe keine Verwaltungsgrenzen kennen, stehen wir vor der gemeinsamen Aufgabe, ihre Verminderung effizient auch als Gemeinschaftsaufgabe zu organisieren“, heißt es in einem Brief an Oberbürgermeister und Verwaltungsspitzen des Reviers, der unserer Zeitung vorliegt. Die Landesbehörden seien bereit, die notwendigen Arbeiten zu beginnen, schreibt der Minister.

RVR-Verbandssprecher Jens Hapke wollte gestern die Details der Expertise nicht bestätigen. „Wir werden die Studie Ende des Monats vorstellen. Dann liegt es an den politischen Gremien, die nötigen Maßnahmen zu diskutieren und zu verabschieden“, sagte er nur.

Hinter den Kulissen wird bereits jetzt mit einem Sturm der Kritik von ADAC, Logistik-Verbänden sowie Industrie- und Handelskammern gerechnet. • **Philipp Ostrop**

Ruhr Nachrichten, 12. Januar 2007